

---

## Reaktionen von oppositionellen Gruppen auf das "Sputnik"-Verbot

Die Streichung der sowjetischen Zeitschrift "Sputnik" von der Postzeitungsliste der DDR kam einem Verbot gleich. Einige Oppositionsgruppen beschwerten sich direkt bei der sowjetischen Botschaft.

Die sowjetische Monatszeitschrift "Sputnik" existierte seit 1967 in der UdSSR und erschien in mehreren Sprachen. Sie sollte das Erscheinungsbild des Landes in sozialistischen Staaten und in westlichen Ländern verbessern und verzichtete deswegen weitgehend auf sozialistische Rhetorik. Mit Beginn von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion informierte "Sputnik" in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch über die Reformpolitik Gorbatschows und griff frühere Tabuthemen auf, wie die Verbrechen Stalins. In der DDR eröffnete die Zeitschrift ihrer Leserschaft damit eine willkommene Abwechslung in der Medienlandschaft.

Von der SED-Führung wurde sie hingegen zunehmend kritisch betrachtet. Als die November-Ausgabe von 1988 den in der DDR-Geschichtsschreibung geleugneten Hitler-Stalin-Pakt thematisierte sowie die Stalin-hörige KPD der 20er Jahre kritisierte, untersagten SED-Funktionäre am 18. November 1988 den weiteren Vertrieb der Zeitschrift in der DDR. Das Heft wurde eingezogen und eingestampft - mit der Begründung, die Zeitschrift enthalte "keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte".

Die für Spionageabwehr und diplomatische Einrichtungen zuständige Hauptabteilung II berichtete im vorliegenden Dokument von einem Brief verschiedener Oppositionsgruppen an die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin. Inhalt des Briefes war unter anderem der Protest gegen die Streichung des "Sputniks" von der Postzeitungsliste.

---

**Signatur:** BStU, MfS, HA II, Nr. 28577, Bl. 57

---

### Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung II      Urheber: MfS  
Datum: 15.12.1988                      Rechte: BStU



